

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ Jahr 2009

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2009	1
1.2	Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen	4
1.3	Insolvenzen und die Schäden	6
1.4	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	8
1.5	Insolvenzen und Finanzierungsstruktur	10
1.6	Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	15
1.7	Parameter insolventer Unternehmen	19
1.8	Große Firmeninsolvenzen	25
1.9	Exkurs: Reform des Insolvenzrechts	30
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	33
2.1	Gründungsbilanz	33
2.2	Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen	36
2.3	Beschäftigungsbeitrag von wirtschaftsaktiven Gründungen	37
2.4	Neueintragungen nach Bundesländern	39
2.5	Investitionen und Finanzierung	41
3	Zusammenfassung	44

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2009

Auch wenn sich die exportabhängige deutsche Wirtschaft nach dem heftigen Einbruch der Auftrags- und Umsatzzahlen zu Beginn des Jahres wieder gefangen hat: Rezession und Finanzmarktkrise haben die Unternehmensstabilität enorm belastet. Nach Jahren rückläufiger Zahlen rückt damit die Entwicklung des Insolvenzgeschehens wieder in den Blickpunkt. Und in dieser Hinsicht war 2009 ein Ausnahmejahr.

Die Zusammenbrüche ehemals großer und namhafter Unternehmen wie Quelle, Schiesser, Woolworth oder Qimonda haben das Insolvenzgeschehen vor allem im ersten Halbjahr 2009 maßgeblich bestimmt. Allerdings bildeten diese Fälle nur die Spitze des Eisbergs. Im weiteren Jahresverlauf forderte die Wirtschaftskrise auch im Mittelstand immer mehr ihren Tribut. Insgesamt mussten 34.300 Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen. Das entspricht einem Zuwachs um rund 4.700 Firmen oder 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2008: 29.580 Fälle). Dabei nahm die Steigerungsrate der Unternehmensinsolvenzen im Verlauf des Jahres kontinuierlich zu. Vielen insolventen Unternehmen wurden neben dem plötzlichen und starken Nachfrageeinbruch auch die restriktiven Finanzierungsbedingungen zum Verhängnis.

Der bisher weitgehend stabile Arbeitsmarkt und eine relativ hohe Sparquote haben den Anstieg der Verbraucherinsolvenzverfahren noch gebremst und die Zahl der betroffenen Personen stagnierte gegenüber dem Vorjahr. Nach 98.450 Fällen im vergangenen Jahr, möchten sich 2009 98.800 Personen (plus 0,4 Prozent) ihrer Schulden entledigen. Die Folgen der schweren Wirtschaftskrise dürften sich aber in den kommenden Monaten in einem Anstieg der Arbeitslosenzahl widerspiegeln. Damit verbunden ist eine zunehmende Zahl an Personen, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

**2009: Jahr der
Großinsolvenzen**

**Stabiler Arbeitsmarkt:
Verbraucherinsolvenzen
stagnieren**

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006	161.320	+ 18,1%	34.040	- 7,6%	96.500	+ 40,1%	30.780	- 0,1%
2007	164.750	+ 2,1%	29.150	- 14,4%	105.300	+ 9,1%	30.300	- 1,6%
2008	155.910	- 5,4%	29.580	+ 1,5%	98.450	- 6,5%	27.880	- 8,0%
2009 *)	161.800	+ 3,8%	34.300	+ 16,0%	98.800	+ 0,4%	28.700	+ 2,9%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

**Insgesamt knapp 162.000
Insolvenzen**

Insgesamt beläuft sich die Zahl der Insolvenzen in diesem Jahr auf 161.800 Fälle. Das entspricht einem Anstieg um 3,8 Prozent gegenüber 2008 (155.910 Fälle). Der ansteigende Trend findet sich auch bei den sonstigen Insolvenzen, die sich aus Insolvenzen ehemals Selbstständiger, Insolvenzen natürlicher Personen als Gesellschafter und Nachlass-Insolvenzen zusammensetzen. Im Verlauf des Jahres erhöhte sich deren Zahl leicht um 2,9 Prozent auf 28.700 Verfahren. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden 27.880 Fälle registriert.

Zunahme im Westen stärker

Im Osten Deutschlands nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen weniger stark zu als im Westen der Republik. 6.700 ostdeutsche Unternehmen sind 2009 in den Insolvenzstrudel geraten – ein Zuwachs um 13,8 Prozent gegenüber 2008 (5.890 Fälle). In den alten Ländern haben 27.600 Unternehmen ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. Das sind 16,5 Prozent mehr als im Vorjahr (2008: 23.690 Fälle). Der etwas stärkere Anstieg auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik im Vergleich zur Entwicklung zwischen Rostock und Dresden dürfte seine Ursache in der größeren Bedeutung des exportorientierten Verarbeitenden Gewerbes in West- und Süddeutschland haben. Dieser Sektor hat am stärksten unter den Folgen der schweren Wirt-

schaftskrise zu leiden und weist dementsprechend einen überdurchschnittlichen Zuwachs der Insolvenz-betroffenheit auf. Die stärkere Orientierung der Wirt-schaftsstruktur des Ostens am stabileren Binnenmarkt hat den Anstieg der Insolvenzen dort abgemildert.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamt-insolvenzen		Unternehmens-insolvenzen		Verbraucher-insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	80.010	+ 10,7%	21.840	- 6,3%
2008	121.420	- 2,9%	23.690	+ 1,9%	77.310	- 3,4%	20.420	- 6,5%
2009 *)	126.500	+ 4,2%	27.600	+ 16,5%	77.700	+ 0,5%	21.200	+ 3,8%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt-insolvenzen		Unternehmens-insolvenzen		Verbraucher-insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	38.840	+ 17,9%	7.150	- 19,0%	24.210	+ 60,4%	7.480	- 17,0%
2007	39.650	+ 2,1%	5.900	- 17,5%	25.290	+ 4,5%	8.460	+ 13,1%
2008	34.490	- 13,0%	5.890	- 0,2%	21.140	- 16,4%	7.460	- 11,8%
2009 *)	35.300	+ 2,3%	6.700	+ 13,8%	21.100	- 0,2%	7.500	+ 0,5%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Ost/West-Unterschiede

Auch bei den Verbraucherinsolvenzen zeigt sich eine unterschiedliche Entwicklung: Während die Zahl der Personen, die die Restschuldbefreiung beantragt haben, im Westen leicht um 0,5 Prozent auf 77.700 Fälle (2008: 77.310 Fälle) anstieg, gab es im Osten praktisch keine Veränderung. 21.100 ostdeutsche Verbraucher mussten im Jahr 2009 in die Insolvenz. Im Jahr zuvor waren 21.140 Personen betroffen. Der trotz der Wirtschaftskrise stabile Arbeitsmarkt östlich der Elbe hat einen Anstieg der Verbraucherinsolvenzen in den neuen Ländern vorerst verhindert. Im Oktober 2009 wies die Bundesagentur für Arbeit erstmals seit Beginn der Statistik weniger als 1 Million arbeitslose Personen aus. Gleichwohl ist auch hier in den kommenden Monaten mit einem Anstieg zu rechnen, sollte die Arbeitslosigkeit rasch zunehmen.

1.2 Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen

Wieder knapp 100.000 Personen zahlungsunfähig

In der Langzeitentwicklung wird deutlich, dass die neue Insolvenzordnung von 1999 insbesondere nach der Novellierung von 2002 zu einem Ansturm zahlungsunfähiger Verbraucher bei den Insolvenzgerichten geführt hat. 2002 (21.520 Fälle) wurde erstmals die Hürde von 20.000 Verfahren pro Jahr genommen. Drei Jahre später haben bereits 68.900 Personen die Restschuldbefreiung beantragt. 2007 (105.300 Fälle) wurde schließlich die Schallmauer 100.000 durchbrochen. Seitdem ist der Zulauf nicht abgeebbt. Auch in den Folgejahren mussten jeweils knapp 100.000 Verbraucher in die Privatinsolvenz, so dass mittlerweile insgesamt weit mehr als ein halbe Million Deutsche ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt haben. Nach Analysen des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 2007 und 2008 beläuft sich das Schuldenvolumen auf rund 59.000 Euro pro Insolvenzfall.

Kurzarbeit sichert Einkommen

Mit 98.800 Fällen (plus 0,4 Prozent) ist es in diesem Jahr – trotz globaler Wirtschaftskrise – nicht zu einem deutlichen Anstieg der Verbraucherinsolvenzen gekommen. Die (noch) stagnierende Entwicklung hat ihren wesentlichen Grund in den von der letzten Bundesregierung beschlossenen Kurzarbeitsmodellen. Der deutsche Arbeitsmarkt ist durch sie in den letzten zwölf

Monaten vor einem „Absturz“ bewahrt worden. Durch die gesicherte Einkommenssituation konnten verschuldete Personen ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Hinzu kommt, dass erst jetzt etliche Verfahren in die Eröffnung gehen werden, die aufgrund der zeitlichen Verzögerung zwischen dem Auslöser der Zahlungsunfähigkeit und der Verfahrenseröffnung nicht der Wirtschaftskrise geschuldet sind.

Der Rückgang der Überschuldung von Privatpersonen lt. Creditreform SchuldnerAtlas 2009 bestätigt, dass seitens der Verbraucher die positiven Nachwirkungen der Boomjahre (starker Rückgang der Arbeitslosigkeit, hoher Beschäftigungsstand) im Moment noch die Rezessionsfolgen überlagern. Dieser Trend beginnt sich aber zu drehen: Die Arbeitslosigkeit steigt und viele Arbeitnehmer müssen Lohn einbußen hinnehmen. Neben einem unverhältnismäßigen Konsumverhalten gilt Arbeitslosigkeit als der Hauptauslöser für Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit. Sollten sich die derzeit gemessenen konjunkturellen Aufschwungtendenzen als nicht nachhaltig erweisen, ist auch angesichts der bevorstehenden winterlichen Witterungsphase eine Entlassungswelle zu befürchten. Die negativen Rückwirkungen steigender Arbeitslosigkeit auf Überschuldung und Privatinsolvenzen sind offensichtlich.

Die aktuelle Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen bringt zwei generelle Ergebnistrends hervor. Erstens: Es sind mehrheitlich Männer, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Und zweitens: Der Anteil älterer Verbraucher, die Privatinsolvenz beantragen müssen, hat gegenüber 2008 zugenommen. Insgesamt sind 55 Prozent (2008: 54 Prozent) der 98.800 insolventen Verbraucher in Deutschland dem männlichen Geschlecht und 45 Prozent (2008: 46 Prozent) dem weiblichen Geschlecht zuzuordnen. Damit hat sich der Anteil der Frauen, die Privatinsolvenz angemeldet und die Restschuldbefreiung beantragt haben, binnen eines Jahres um einen Prozentpunkt verringert.

***Steigende Arbeitslosigkeit =
steigende Überschuldung***

Männer in der Mehrheit

Tab. 4: Verbraucherinsolvenzen in Deutschland nach Altersgruppen

■ Altersgruppen	unter 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	70 und älter
2009	0,1%	14,4%	27,0%	31,5%	18,7%	6,7%	1,7%
2008	0,1%	14,3%	28,0%	32,1%	17,8%	6,4%	1,5%
Abw. 2008 / 2009 (in Prozentpunkten)	0,0	+ 0,1	- 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2

*) Datenquelle: Creditreform.

Ältere stärker betroffen

Ältere Menschen sind 2009 anteilmäßig stärker von einer Insolvenz betroffen als im Vorjahr. So stieg der Anteil der Altersgruppen 50 bis 59 Jahre (plus 0,9 Prozentpunkte), 60 bis 69 Jahre (plus 0,3 Prozentpunkte) und 70 Jahre und älter (plus 0,2 Prozentpunkte) am Insolvenzgeschehen. In diesen Altersgruppen gilt eine gescheiterte Selbstständigkeit als Hauptauslöser von Überschuldungsprozessen.

Jeder Siebte unter 30

Rückläufig sind Verbraucherinsolvenzen dagegen bei Personen, die zwischen 30 bis 39 Jahre alt sind (minus 1,0 Prozentpunkte). Diese Gruppe hat anscheinend vom Wirtschaftsaufschwung der Jahre 2006 bis 2008 am stärksten profitiert. Verschuldete Personen kamen dadurch wieder in Beschäftigung bzw. konnten durch die Vermeidung von Arbeitslosigkeit ihrem Schuldendienst weiter nachkommen. Jüngere Erwachsene bis 29 Jahre sind aber häufiger betroffen als 2008. Bedenklich ist zudem die weiterhin hohe Quote: Knapp ein Siebtel der Verbraucherinsolvenzfälle (14,5 Prozent; Vorjahr: 14,4 Prozent) betrifft Personen, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Hier scheint zu einem Großteil ein übermäßiger Konsum (unwirtschaftliche Haushaltsführung) für den Anstieg verantwortlich zu sein.

1.3 Insolvenzen und die Schäden

Insolvenzen verursachen jährlich Schäden für die deutsche Volkswirtschaft in Milliardenhöhe. 2009 beläuft sich das gesamte Schadensvolumen auf 48,6 Mrd. Euro, das damit um 19,6 Mrd. Euro oder 67,6 Prozent höher liegt als im Vergleichszeitraum 2008. 37,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 21,0 Mrd. Euro) bleiben bei

privaten Gläubigern voraussichtlich unbefriedigt. Pro Insolvenzfall belaufen sich die offenen Forderungen privater Gläubiger auf durchschnittlich 1,1 Mio. Euro. Im Vorjahr waren es noch 710.000 Euro. Der öffentliche Sektor musste Forderungen in voraussichtlicher Höhe von 11,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 8,0 Mrd. Euro) abschreiben bzw. Zahlungen vornehmen, die in Zusammenhang mit Insolvenzverfahren stehen. Dazu zählen beispielsweise das Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit, die Kosten für Gerichtsverfahren sowie die Beiträge zur Finanzierung der Betriebsrenten im Insolvenzfall.

Schadensvolumen auf Rekordniveau

Tab. 5: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	je Insolvenzfall (in Euro)	öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	672.000	9,7	27,6
2000	17,9	641.000	9,2	27,1
2001	22,0	679.000	10,3	32,3
2002	26,6	707.000	11,8	38,4
2003	27,9	707.000	12,6	40,5
2004	27,5	700.000	11,9	39,4
2005	26,7	725.000	10,8	37,5
2006	22,4	658.000	8,7	31,1
2007	21,2	727.000	8,0	29,2
2008	21,0	710.000	8,0	29,0
2009 *)	37,1	1.082.000	11,5	48,6

*) von Creditreform geschätzt

Die genaue Schadenssumme zu beziffern, die aufgrund von Insolvenzen für Gläubiger und Staat entsteht, ist schwierig und beruht größtenteils auf Schätzungen. Zum einen ist oft nicht exakt ermittelbar, welche angemeldeten Forderungen tatsächlich in welcher Höhe bestehen – mangels verfügbarer Quellen schätzen die Amtsgerichte die Forderungshöhe in vielen Fällen. Die Aufforderung an die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche ist zum Zeitpunkt der Erfassung der Insolvenz noch nicht ergangen. So ist die genaue Höhe der Forderungsverluste im Regelfall frühestens zwei Jahre nach Eröffnung des Verfahrens bezifferbar, wenn die Höhe der Insolvenzmasse feststeht und die genaue Summe der dagegen gerichteten Forderungen

Noch nicht alle Forderungen stehen fest

gen. Zum zweiten kann nicht immer geklärt werden, ob möglicherweise Rückflüsse an die Gläubiger erfolgt sind. Gleichwohl erlaubt die Erfassung der voraussichtlichen Forderungsausfälle bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. im vorläufigen Verfahren eine erste Einschätzung, insbesondere im Hinblick auf eine Zu- oder Abnahme gegenüber den Vorjahren.

1.4 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Die Ausweitung der Kurzarbeit hat den krisenbedingt eigentlich erwarteten Kapazitätsabbau in der Industrie weitgehend abgefedert. So ist die Arbeitslosenzahl in Deutschland bisher weniger stark angestiegen als befürchtet.

Dennoch wird die hohe Zahl großer Unternehmenszusammenbrüche zu einer Belastungsprobe für regionale Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme. 521.000 Arbeitnehmer waren und sind 2009 von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen – gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um 16,6 Prozent. Diese überdurchschnittlich starke Zunahme innerhalb eines Jahres hat ihre Ursache in der Häufung von Großinsolvenzen wie die von Arcandor. Allein bei den zehn größten Pleiten des Jahres sind rund 82.600 Stellen bedroht oder bereits abgebaut worden.

Auch wenn nicht alle der bedrohten Beschäftigungsverhältnisse in der Insolvenz tatsächlich wegfallen, dürfte im Zuge von Liquidation oder Restrukturierung eine Vielzahl der bedrohten Arbeitsplätze – wie erst kürzlich beim Versandhändler Quelle geschehen – auch tatsächlich gestrichen werden. Besonders für strukturschwache Regionen kommt der Zusammenbruch eines großen Arbeitgebers einer Katastrophe gleich. Neue Jobs und Alternativen bieten sich für die Betroffenen kaum.

**521.000 bedrohte
Arbeitsplätze**

**Strukturschwache Regionen
zittern**

Tab. 6: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008	447.000	+ 1,6
2009 *)	521.000	+ 16,6

*) von Creditreform geschätzt

Bei der Betrachtung der durch eine Insolvenz bedrohten Arbeitsplätze müssen drei Punkte berücksichtigt werden: Erstens fehlt in amtlichen Meldungen vielfach die Zahl der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer. Zweitens dürfte die Zahl der zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags gemeldeten Beschäftigten eher als zu niedrig einzuschätzen sein, da bereits im unmittelbaren Vorfeld der Insolvenz Arbeitskräfte entlassen wurden oder freiwillig ausgeschieden sind. Schließlich müssen gerade Zulieferer und Dienstleister im Mittelstand durch eine große Kundeninsolvenz häufig Arbeitsplätze abbauen, ohne selbst insolvent zu werden. Diese Zahl, die für 2009 auf ca. 140.000 geschätzt wird, ist in der amtlichen Statistik nicht berücksichtigt.

Für die hohe Zahl betroffener Arbeitnehmer spricht auch die Statistik der Insolvenzgeldbezieher, die die Bundesagentur für Arbeit (BA) ausweist. Beschäftigte haben bei einer Insolvenz des Arbeitgebers Anspruch auf die ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen für die vorangegangenen drei Monate. Die betroffenen Arbeitnehmer erhalten deshalb ein sogenanntes Insolvenzgeld. Die dafür notwendigen Finanzmittel werden von den Berufsgenossenschaften bei den Arbeitgebern erhoben. In den ersten neun Monaten des Jahres musste die BA 174 Prozent mehr für Insolvenzgeld

Entlassungen auch bei Zulieferern und Dienstleistern

Insolvenzgeldzahlungen nähern sich Rekord

ausgeben als im Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr schätzt die Agentur für Arbeit die Ausgaben auf 1,7 bis 1,8 Mrd. Euro. Das wäre nach 2002 (1,9 Mrd. Euro) der zweithöchste Betrag in den vergangenen 35 Jahren.

Nicht nur Arbeitnehmer und Lieferanten bangen im Falle einer Insolvenz um ihr Geld. Auch Betriebsrenten und Rentenanwartschaften der Beschäftigten sind in Gefahr. Der Pensions-Sicherungs-Verein (PSVaG) versichert knapp zehn Millionen Versorgungsberechtigte, 6,1 Mio. davon sind Arbeitnehmer mit unverfallbaren Anwartschaften unter Insolvenzschutz. Hieraus ergibt sich die große sozialpolitische Bedeutung der Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersvorsorge. Das Schadensausgleichsvolumen, das der PSVaG für die zum Zeitpunkt der Insolvenz laufenden Betriebsrenten leistet, hat sich aufgrund der schweren Wirtschaftskrise auf gut vier Mrd. Euro (Vorjahr: 250 Millionen Euro) deutlich erhöht.

1.5 Insolvenzen und Finanzierungsstruktur

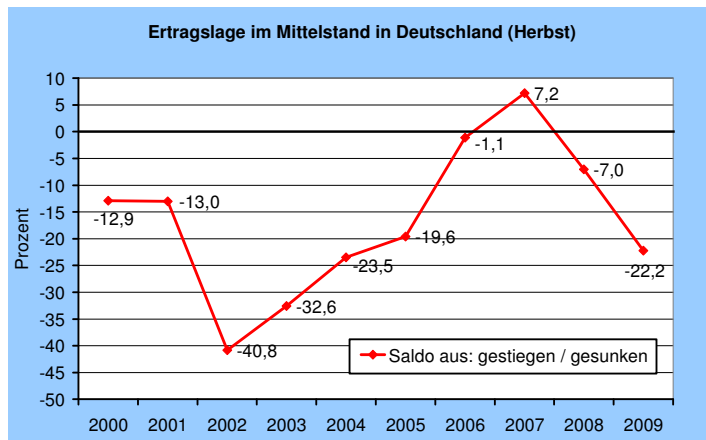
Das finanzielle und konjunkturelle Umfeld bestimmt in wesentlichen Punkten die Insolvenzentwicklung. In diesem Jahr wurde die Stabilität des Unternehmenssektors durch die schlechte Ertragslage, steigende Forderungsausfälle, die restriktiven Finanzierungsbedingungen und die strukturelle Eigenkapitalknappheit des Mittelstandes belastet.

Ertragslage

Die Wirtschaftskrise drückt auf die Gewinne der mittelständischen Unternehmen. Das lässt ihnen im Moment wenige Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden. Nachdem im Herbst 2008 noch ein Viertel der befragten Betriebe (23,9 Prozent) von gestiegenen Erträgen berichtete, ist dieser Anteil in diesem Jahr auf ein Fünftel (20,5 Prozent) gesunken. Knapp 43 Prozent der Unternehmen melden Gewinnrückgänge – plus 11,8 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Allerdings stellt die derzeit negative Ertragssituation im historischen Vergleich

Druck auf die Gewinnmargen

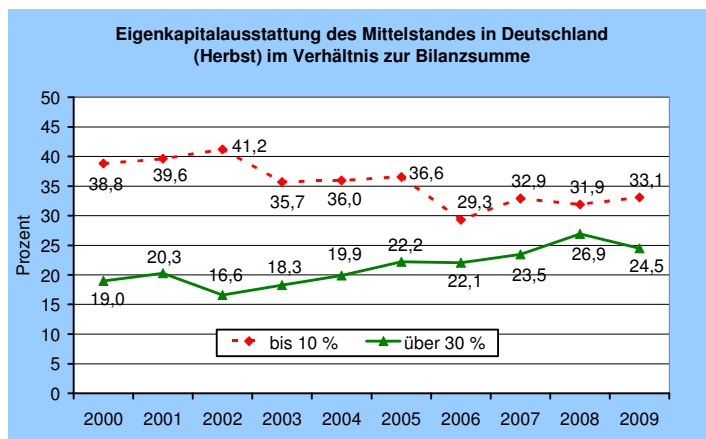
keinen Tiefpunkt dar. Während der Rezessionsphase 2002/03 ging es noch tiefer bergab.



Eigenkapitalsituation

Im Mittelstand werden die Kapitalpuffer zunehmend aufgezehrt. Damit bekommt eine wichtige Tragsäule der Unternehmensstabilität – die Eigenkapitalausstattung – zusehends Risse. Jedes dritte Unternehmen (33,1 Prozent) ist nur dürrtig mit Eigenkapital ausgestattet. Gegenüber dem Vorjahr (31,9 Prozent) hat sich dieser Anteil leicht erhöht.

Eigenkapitalbasis schrumpft



Nur durch eine ausreichende Kapitaldecke können konjunkturelle Dellen überwunden und Zahlungsverzögerungen bzw. -ausfälle ausgeglichen werden. In den Turbulenzen der Finanzmarktkrise sorgt eine hohe Eigenkapitalquote zudem für Unabhängigkeit vom Bankenmarkt. Falls Fremdkapital, beispielsweise für ein Investitionsvorhaben, nötig ist, ist die Eigenkapital-

quote eine ausschlaggebende Kennziffer für die Bestimmung der Kreditkonditionen.

**Wenig Hoffnung auf
Besserung**

Die pessimistischen Ertragsaussichten im deutschen Mittelstand und die schlechten Bilanzen für 2009 machen wenig Hoffnung, dass sich die Eigenkapitalsituation und die Finanzierungsbedingungen in naher Zukunft bessern werden. Auch wenn sich wieder erste positive Wachstumssignale zeigen, wird doch die Innenfinanzierungskraft der Unternehmen auch in den kommenden Monaten schwach bleiben. Liquiditätsengpässe und Finanzierungsprobleme dürften weiter zum Alltag gehören. Ein Anstieg der Insolvenzzahlen ist vor diesem Hintergrund unausweichlich.

Zahlungsverhalten der Kunden

Immer weniger Unternehmen melden den Zahlungseingang nach 30 Tagen. Sieben von zehn Firmen (70,9 Prozent) bekommen ihr Geld innerhalb eines Monats nach Rechnungsstellung; 3,4 Prozentpunkte weniger als im Herbst 2008.

Tab. 7: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1	30,2 (36,3)
	bis 0,5	19,9 (20,6)
	bis 1,0	15,2 (14,8)
	über 1,0	12,9 (9,5)
	keine Verluste	19,8 (15,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

**Lieferanten müssen länger
auf ihr Geld warten**

Und: Die Wirtschaftskrise lässt die Forderungsausfälle steigen. Ein nennenswerter Anteil der Mittelständler (12,9 Prozent) beklagt Forderungsverluste, die ein Prozent des Jahresumsatzes übersteigen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Anteil der Betroffenen um 3,4 Prozentpunkte. Ausfälle in dieser Größenordnung sind dramatisch, müssen die Verluste doch durch Überschüsse aus anderen Geschäften ausgeglichen werden – in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit zurückgehenden Auftragsvolumina und sinkenden Gewinnmargen ein beinahe unmögliches Unterfangen.

Folgeinsolvenzen im Bereich der Zulieferer und Unternehmensdienstleister sind die Konsequenz.

Aktuelle Finanzierungsbedingungen

Im Zuge der Finanzmarktkrise müssen die Unternehmen für ihre externe Finanzierung tiefer in die Tasche greifen. Nach einer jüngsten Erhebung der KfW Bankengruppe wurde bei 19 Prozent der kleinen Mittelständler der Kreditwunsch sogar abgelehnt. Die Gründe: Im schwierigen Konjunkturmilieu sind die Fremdkapitalgeber deutlich sensibler geworden, verlangen Risikoaufschläge und wollen mehr Sicherheiten sehen. Zudem gehen viele Branchen mit von der Wirtschaftskrise schwer gezeichneten Finanzkennzahlen in die Kreditverhandlungen. Vor allem bonitätsschwache Firmen trifft die Verschärfung der bankinternen Kreditvergaberichtlinien. Alternativen zum klassischen Bankkredit, wie z. B. Leasing, sind daher gefragt. Allerdings sind auch hier die Zeiten hoher Wachstumsraten vorbei. Eine schwierige Refinanzierung und steigende Ausfallraten haben die Branche vorsichtiger werden lassen.

Auch wenn eine allgemeine Kreditklemme nicht festzustellen ist: Die verschärften Kreditbedingungen engen die Unternehmensfinanzierung sehr ein. Die weiterhin restriktiven Kreditvergaberichtlinien der Banken zeigen sich auch in den regelmäßigen Surveys der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Münchner ifo-Instituts. Laut EZB gaben auch im dritten Quartal 2009 immer noch mehr Banken eine Verschärfung ihrer Kreditrichtlinien zu Protokoll als eine Lockerung. Vor allem konjunkturelle und branchenspezifische Faktoren sowie die Eigenkapitalkosten der Kreditinstitute tragen nach Angaben der Banken zu den Verschärfungen bei. Das empfanden auch die Unternehmen so: Im Oktober 2009 bezeichneten 41,7 Prozent der von ifo befragten Unternehmen aus der gewerblichen Wirtschaft die Kreditvergabe als restriktiv.

Kreditklemme noch nicht abgewendet

EZB: Banken weiter restriktiv

Die Folgen die Bankenkrise

Wenn sich die Konjunktur tatsächlich deutlich erholt, dürfte der Bedarf an finanziellen Mitteln spürbar zunehmen. Die Lager müssen aufgefüllt, aufgeschobene Investitionen nachgeholt und auch Marketing-Aktivitäten forciert werden. Vor diesem Hintergrund kommt der Kreditfinanzierung eine Schlüsselrolle zu, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten noch virulent sein werden.

Die deutschen Unternehmen werden sich damit auch nach der Krise auf veränderte Finanzierungsbedingungen einstellen müssen. Es zeichnet sich ab, dass die Verengung des Kreditangebots zunächst bestehen bleiben wird. Einige Banken sind durch die Finanzkrise geschwächt und stehen vor erheblichen Engpässen bei Eigenkapital und Liquidität. Gleichzeitig zeichnet sich weiterer Abschreibungsbedarf bei den Wertpapieren und ein deutlich höherer Risikovorsorgebedarf ab. Die Regelungen nach Basel II wirken hier prozyklisch und verschärfen die Situation gemeinsam mit geplanten höheren Eigenkapital-Anforderungen der BaFin und strikteren Auflagen der EU für Teilnehmer an den staatlichen Rettungspaketen. Wesentlich werden auch die Entscheidungen der G20 im Zusammenhang mit der Stabilisierung des weltweiten Finanzsystems sein. Hier sind stärkere Eigenkapitalanforderungen an die Banken zu erwarten.

Für Unternehmen wird dies Folgen haben: Zum Einen werden die Kreditinstitute bei der Kreditvergabe noch selektiver vorgehen. Dies wird gerade Unternehmen mit schwacher Bonität und knapper Eigenkapitaldecke treffen. Auch werden die Banken noch seltener bereit sein, besonders risikoreiche Investitionen zu finanzieren und großvolumige Kredite auf ihre Bücher zu nehmen.

Zum Anderen werden sich allen Anzeichen nach die Kreditkonditionen noch weiter verschlechtern, da die Kosten der Kreditgewährung für die Banken wegen einer zumindest partiell verteuerten Refinanzierung

Kreditfinanzierung: Verengungen auch in 2010

und eines erhöhten Eigenkapitaleinsatzes tendenziell steigen. Zudem werden die im Zuge der Rezession eintretenden Kreditausfälle zeigen, dass die Kreditrisikokosten bislang meist zu niedrig angesetzt wurden.

All diese Faktoren werden den europäischen Bankensektor weiter beeinträchtigen und dazu führen, dass bei einzelnen Instituten die Kreditvergabemöglichkeiten auf Jahre hin eingeschränkt bleiben werden. Eine Entspannung der restriktiven Finanzierungsbedingungen ist vor diesem Hintergrund nicht zu erkennen. Entlastung könnte eine Anpassung der Kreditvergabekriterien bringen. Ob sich die Hoffnung aber erfüllt, dass die Banken wieder stärker ins Risiko gehen und im Ratingprozess Grundsubstanz und Perspektive der Unternehmen stärker als aktuelle Bilanzkennzahlen berücksichtigt werden, ist fraglich.

1.6 Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

Die weltweite Rezession hat vor allem in der deutschen Industrie vielen Unternehmen den Boden unter den Füßen weggezogen. Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Zahl der Insolvenzen binnen eines Jahres um 40 Prozent auf 3.500 Fälle (2008: 2.500 Fälle). Dabei fiel der Anstieg im Westen Deutschlands mit plus 46 Prozent überdurchschnittlich hoch aus. Die Exportorientierung der Unternehmen in den alten Ländern und ihre Rolle als Zulieferer in einer globalisierten Wirtschaft haben sie anfällig für die internationale Krise gemacht.

**Verarbeitendes Gewerbe:
40 Prozent Anstieg**

Tab. 8: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2009 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Veränder. gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.950 (2.020)	10,7 (8,5)	+ 46,0
Ost	550 (480)	8,2 (8,2)	+ 14,6
Deutschland	3.500 (2.500)	10,2 (8,5)	+ 40,0
Bau			
West	4.050 (3.980)	14,7 (16,8)	+ 1,8
Ost	1.500 (1.430)	22,4 (24,2)	+ 4,9
Deutschland	5.550 (5.410)	16,2 (18,3)	+ 2,6
Handel			
West	6.160 (5.120)	22,3 (21,6)	+ 20,3
Ost	1.310 (1.170)	19,6 (19,8)	+ 12,0
Deutschland	7.470 (6.290)	21,8 (21,3)	+ 18,8
Dienstleist.			
West	14.440 (12.570)	52,3 (53,1)	+ 14,9
Ost	3.340 (2.810)	49,9 (47,8)	+ 18,9
Deutschland	17.780 (15.380)	51,8 (52,0)	+ 15,6
Gesamt			
West	27.600 (23.690)	100,0 (100,0)	+ 16,5
Ost	6.700 (5.890)	100,1 (100,0)	+ 13,8
Deutschland	34.300 (29.580)	100,0 (100,1)	+ 16,0

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

**Stabiler Bau dank
Konjunkturpaketen**

Insgesamt sind die binnenmarktabhängigen Wirtschaftsbereiche weniger stark von der Rezession gezeichnet. Das wird anhand des moderaten Anstiegs der Insolvenzzahlen in diesen Branchen deutlich. So erklärten in diesem Jahr lediglich 2,6 Prozent mehr Baufirmen ihre Zahlungsunfähigkeit als im letzten Jahr. Eine Milliarde Euro für den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes aus dem ersten Konjunkturpaket und sogar 17,8 Milliarden Euro – ein Großteil für die Kommunen – aus dem zweiten: Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung für die jahrelange Problembranche zeigt Wirkung; es konnte die Baukonjunktur stabilisieren und die Insolvenzentwicklung merklich abbremsen. So wie der Bau (16,2 Prozent; Vorjahr: 18,3 Prozent) an Bedeutung für das Insolvenzgeschehen verlor, stieg das Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes (10,2 Prozent; Vorjahr: 8,5 Prozent). Den Großteil insolventer Unternehmen stellte aber einmal mehr der Dienstleistungssektor mit 51,8 Prozent aller Insolvenzfälle (Vorjahr: 52,0 Prozent).

Im Osten der Republik verzeichnen Bau (plus 4,9 Prozent gegenüber 2008) und Dienstleistungsgewerbe (plus 18,9 Prozent) einen überdurchschnittlich hohen Anstieg der Insolvenzfälle. Zudem macht der Bausektor auch 2009 einen deutlich höheren Anteil an der Insolvenzstatistik aus, als im alten Bundesgebiet. 22,4 Prozent aller Insolvenzkandidaten kommen im Osten aus dem Baubereich. Im Westen sind es 14,7 Prozent.

Im Osten leidet Bau stärker

Tab. 9: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2009 *)

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	89 (66)
Baugewerbe	164 (163)
Handel	107 (90)
Dienstleistungen	104 (92)
Gesamt	109 (96)
hierunter:	
Westdeutschland	107 (93)
Ostdeutschland	120 (109)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik 2007
() = Vorjahresangaben

Auf 10.000 Unternehmen kommen durchschnittlich 109 Pleiten. Der Osten (120 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) erreicht eine leicht höhere Quote als der Westen (107). Trotz des vergleichsweise moderaten Insolvenzanstiegs im Baugewerbe weist der Sektor weiterhin die höchste Insolvenzquote aller Hauptwirtschaftsbereiche auf (Insolvenzquote: 164; Vorjahr: 163). Am besten schneidet in dieser Hinsicht das Verarbeitende Gewerbe ab (Insolvenzquote: 89). Allerdings erhöhte sich die Insolvenzquote für diesen Wirtschaftsbereich gegenüber dem Vorjahr deutlich: So rutschten im vergangenen Jahr pro 10.000 Unternehmen nur 66 Firmen in die Insolvenz.

**Insolvenzquote:
Einer von hundert fällt um**

2009 wurde eine ganze Reihe von Automobilzulieferern durch die Wirtschaftskrise in den Abgrund gerissen. So ist es nicht verwunderlich, dass Insolvenzzahlen und Ausfallraten in der Branche rasant gestiegen sind. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Automobilbereich mehr als

Autozulieferer mit Verdreifachung

verdreifacht (plus 330 Prozent). Auch verwandte Branchen, wie die Metallverarbeitung (plus 140 Prozent) und der Maschinenbau (plus 97 Prozent), weisen überdurchschnittliche Steigerungsraten auf. Stark zu leiden haben daneben weitere exportabhängige Industriesektoren. So gibt es in der Kunststoffbranche einen Zuwachs der Ausfälle um 86 Prozent, in der Chemieindustrie sind es plus 46 Prozent.

Tab. 10: Branchen *) mit den höchsten Insolvenzzuwächsen im Jahresverlauf 2009

■	Insolvenzzuwächse in Prozent
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	+ 330
Metallbearbeitung	+ 140
Maschinenbau	+ 97
Herstellung von Gummi und Kunststoff	+ 86
Reparatur von Maschinen und Ausrüstung	+ 65
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	+ 58
Herstellung von Metallerzeugnissen	+ 56
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	+ 46

*) mindestens 1.000 betroffene Arbeitnehmer in der Branche
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

Auch in der Rezession verzeichnen einige Branchen Rückgänge der Insolvenzzahlen. Im Hochbau wurden 14 Prozent weniger Insolvenzen gezählt als im Jahr zuvor. Die Produzenten von Nahrungsmitteln verzeichnen einen Rückgang um zehn Prozent gegenüber 2008. Im Gastgewerbe steht ein Minus von 0,5 Prozent.

Tab. 11: Branchen *) mit den höchsten Insolvenzurückgängen im Jahresverlauf 2009

■	Insolvenzurückgänge in Prozent
Hochbau	- 14
Herstellung von Nahrungsmitteln	- 10
Wach- und Sicherheitsdienste	-9
Sonstiger Ausbau	-4
Gastgewerbe	- 0,5

*) mindestens 1.000 betroffene Arbeitnehmer in der Branche
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

1.7 Parameter insolventer Unternehmen

Unternehmen, die in die Insolvenz rutschen, weisen eine Reihe von Merkmalen auf, die sie von überlebenden Unternehmen unterscheiden. Einige dieser Parameter werden im Folgenden untersucht.

Zunächst kann die Rechtsform eines Unternehmens einen Hinweis auf dessen Insolvenzgefährdung geben. Mit 47,6 Prozent haben Gewerbebetriebe auch 2009 den größten Anteil am Insolvenzgeschehen. Gegenüber dem Vorjahr (52,4 Prozent) hat sich dieser Wert allerdings deutlich verringert. Im Osten Deutschlands liegt die Quote der kleinen Gewerbebetriebe (50,8 Prozent; Vorjahr: 55,3 Prozent) am Insolvenzgeschehen weiterhin über der im Westen (46,6 Prozent; Vorjahr: 51,5 Prozent).

Kleingewerbe mit größtem Anteil

Tab. 12: Unternehmen in Deutschland nach Rechtsform

■	Unternehmensinsolvenzen 2009			Unternehmensbestand
	West	Ost	Deutschland	
Freie Berufe	3,2 (3,8)	3,1 (3,8)	3,2 (3,8)	13,5
Kleingewerbetreibende	46,6 (51,5)	50,8 (55,3)	47,6 (52,4)	47,2
BGB-Gesellschaft	1,1 (1,0)	0,9 (1,3)	1,1 (1,1)	4,2
Einzelfirma	4,4 (4,0)	2,2 (2,2)	3,9 (3,6)	3,6
OHG	0,3 (0,3)	0,2 (0,2)	0,3 (0,3)	0,6
KG	0,5 (0,6)	0,4 (0,4)	0,5 (0,6)	0,7
GmbH & Co. KG	4,7 (4,0)	4,0 (3,8)	4,5 (3,9)	4,4
GmbH	37,8 (33,7)	36,7 (31,6)	37,5 (33,2)	22,4
AG	0,8 (0,5)	0,7 (0,3)	0,8 (0,5)	0,4
eG	0,0 (0,1)	0,1 (0,2)	0,1 (0,1)	0,2
e.V.	0,5 (0,6)	0,8 (0,9)	0,6 (0,6)	2,7

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent.

GmbH überdurchschnittlich insolvenzgefährdet

Die GmbH ist 2009 merklich häufiger in der Insolvenzstatistik zu finden als im vergangenen Jahr. Firmierte 2008 ein Drittel aller Insolvenzfälle (33,2 Prozent) unter dieser Rechtsform, so sind es in diesem Jahr schon 37,5 Prozent. Das entspricht einem Zuwachs um 4,3 Prozentpunkte. Dieser sprunghafte Anstieg verdeutlicht, dass in diesem Jahr die gesamte Breite des deutschen Mittelstandes und viele größere Unternehmen und Traditionsfirmen von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung betroffen waren. Diese Entwicklung findet sich sowohl in Westdeutschland als auch in den neuen Ländern.

Gemessen an ihrem Anteil am gesamten Unternehmensbestand in Deutschland sind die freien Berufe, die GbR und die wirtschaftlichen Vereine weitaus geringer von einer Insolvenz betroffen als die Rechtsform der GmbH, die bei einem Anteil von gut 22 Prozent aller deutschen Unternehmen 37,5 Prozent der Insolvenzkandidaten stellt.

Pleitekandidaten sind meist noch jung

Zahlungsunfähige und überschuldete Unternehmen sind eher jünger als der Durchschnitt der Unternehmen in Deutschland. Dieses Resultat bestätigt sich auch 2009. Demnach war knapp ein Drittel der diesjährigen Insolvenzkandidaten (32,3 Prozent; Vorjahr: 33,1 Pro-

zent) höchstens vier Jahre am Markt. Aber auch etablierte Unternehmen trifft es hart: Firmen, die älter als zehn Jahre sind, weisen einen Anteil von 35,8 Prozent (Vorjahr: 35,5 Prozent) am Insolvenzgeschehen auf. Gleichwohl sind diese gemessen am Anteil des gesamten Unternehmensbestandes in Deutschland weit weniger betroffen als beispielsweise die Altersklassen 3 – 4 und 5 – 6 Jahre.

Tab. 13: Unternehmen in Deutschland nach Betriebsalter

■	insolvente Unternehmen 2009	Unternehmensbestand
0 bis 2 Jahre	14,6 (15,6)	10,1
3 bis 4 Jahre	17,7 (17,5)	8,5
5 bis 6 Jahre	13,8 (12,7)	8,6
7 bis 8 Jahre	9,9 (10,1)	7,5
9 bis 10 Jahre	8,2 (8,7)	7,9
über 10 Jahre	35,8 (35,5)	57,5

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben.

Auch 2009 sind es die Kleinstunternehmen, die das Gros des Insolvenzgeschehens ausmachen. 77,2 Prozent aller Unternehmenspleiten betreffen eine Firma, in der maximal fünf Personen arbeiten. Allerdings hat sich der Trend der letzten Jahre nicht fortgesetzt, wonach der Anteil dieser Gruppe stetig ansteigt. So verringerte sich in diesem Jahr der Anteil der Kleinunternehmen um 3,4 Prozentpunkte. Stärker als im vergangenen Jahr sind mittlere und größere Betriebe betroffen. Großinsolvenzen mit vielen hunderten oder gar tausenden bedrohten Jobs sind in diesem Jahr doppelt so häufig anzutreffen wie 2008. Nachdem im vergangenen Jahr in lediglich 0,6 Prozent der insolventen Unternehmen mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigt waren, sind es 2009 schon 1,1 Prozent.

Anteil der Kleinunternehmen sinkt

Der Blick auf die Größenverteilung des Unternehmensbestandes zeigt, dass mittlere und größere Firmen, die tendenziell als stabiler und weniger insolvenzgefährdet gelten, verhältnismäßig stärker unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben, als Kleinstunternehmen. So stellen Unternehmen mit mehr als 50 Mit-

**So viele Großpleiten wie
lange nicht**

arbeiten 2,1 Prozent des Unternehmensbestandes in Deutschland. Am Pleitegeschehen sind sie aber zu 2,4 Prozent beteiligt. Allerdings könnte der Vergleich mit der Größenstruktur des Unternehmensbestandes verzerrt sein, da Kleinstunternehmer mit nur wenigen Gläubigern und Forderungen auch von der Möglichkeit einer Privatinsolvenz und anschließender Restschuldbefreiung Gebrauch machen können. Diese tauchen dann in der Statistik der Verbraucherinsolvenzen, nicht aber als Unternehmensinsolvenz, auf.

Tab. 14: Unternehmen in Deutschland nach Beschäftigtenzahl *)

■	Unternehmensinsolvenzen 2009			Unternehmensbestand
	West	Ost	Deutschland	
1 – 5 Personen	77,1 (80,7)	77,5 (80,2)	77,2 (80,6)	83,0
6 – 10 Personen	9,8 (9,0)	10,4 (9,2)	9,9 (9,1)	7,8
11 – 20 Personen	6,0 (5,3)	6,3 (5,6)	6,1 (5,3)	4,2
21 – 50 Personen	4,5 (3,3)	4,1 (3,8)	4,4 (3,5)	2,8
51 – 100 Personen	1,5 (1,0)	1,0 (0,7)	1,3 (1,0)	1,0
> 100 Personen	1,2 (0,7)	0,7 (0,4)	1,1 (0,6)	1,1

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben; *) inkl. Inhaber

Der Rückgang in der Betroffenheit von kleinen Betrieben lässt sich u. a. auf die stabilere Ertragslage der Unternehmen zurückführen. In der Creditreform Mittelstandsumfrage Herbst 2009 zeigt sich: Während von den Unternehmen mit höchstens fünf Beschäftigten jedes Vierte einen Gewinnanstieg und vier von zehn (39,5 Prozent) ein Ertragsminus melden, ist es in den übrigen Größenklassen knapp ein Fünftel (19,6 Prozent), die einen Zuwachs bzw. 43,9 Prozent, die einen Rückgang melden. Unter den Kleinstfirmen liegt der Prozentanteil derjenigen, die Gewinnzuwächse verbuchen, sogar leicht über dem Vorjahreswert.

Woran die Kleinen leiden

Allerdings leiden vor allem kleinere Betriebe unter einer strukturellen Eigenkapitalschwäche sowie unter höheren Forderungsausfällen als mittlere bzw. große Unternehmen. Das dürfte den auch 2009 hohen Prozentanteil am Insolvenzgeschehen erklären. So gelten 38,5 Prozent der Betriebe in der Größenklasse bis fünf

Mitarbeiter als unterkapitalisiert, während es bei Unternehmen ab sechs Beschäftigten nur 31,7 Prozent sind. Allerdings wurden die Eigenkapitalpuffer der größeren Unternehmen in Folge der Wirtschaftskrise stärker aufgezehrt: Die Quote der unterkapitalisierten Unternehmen stieg im Gegensatz zu den Kleinbetrieben (minus 0,2 Prozentpunkte) um 1,2 Prozentpunkte an.

Unterschiede zeigen sich auch in der Betroffenheit von Forderungsausfällen, die die Liquidität schmälern und zu Folgeinsolvenzen führen können. So musste jedes fünfte Kleinunternehmen (19,6 Prozent) Forderungen in Höhe von mehr als einem Prozent des gesamten Jahresumsatzes abschreiben. Von den mittleren und größeren Firmen war nur jeder Neunte (11,5 Prozent) betroffen. Gleichzeitig gibt es unter den kleinen Unternehmen aber mehr, die gar keine Ausfälle zu beklagen haben.

Tab. 15: Vergleich Finanzkennzahlen und Beschäftigtenzahl *)

■		1 bis 5 Mitarbeiter	ab 6 Mitarbeiter
Ertragslage	gestiegen	25,0 (24,1)	19,6 (24,0)
	gleich	35,2 (46,4)	36,6 (44,4)
	gesunken	39,5 (28,9)	43,9 (31,7)
Eigenkapitalanteil	bis 10%	38,5 (38,7)	31,7 (30,5)
	bis 20%	28,9 (23,1)	25,8 (25,6)
	bis 30%	12,3 (16,9)	17,0 (15,7)
	über 30%	20,3 (21,3)	25,5 (28,1)
Forderungsausfälle (in % des Jahresumsatzes)	bis 0,1%	23,7 (32,7)	32,5 (38,3)
	bis 0,5%	14,0 (15,7)	21,8 (22,7)
	bis 1,0%	15,0 (13,9)	15,6 (15,6)
	über 1,0%	19,6 (12,8)	11,5 (9,0)
	keine	26,2 (22,4)	18,6 (14,4)
	durchschnittl. Forderungsausfallquote	0,83 (0,63)	0,64 (0,58)

Quelle: Creditreform; Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben

2009 war das Jahr der Großinsolvenzen. Das wird im Hinblick auf die Umsatzgrößenverhältnisse überdeutlich. Die Mehrzahl der in diesem Jahr zusammengebrochenen Unternehmen setzte zwar weniger als 500.000 Euro im Jahr um. Allerdings verringerte sich

Zahl der Großinsolvenzen steigt auf 200

deren Anteil am Insolvenzgeschehen auf 62 Prozent (Vorjahr: 67,0 Prozent). Im Gegensatz zu 2008 sind in diesem Jahr weit mehr mittlere und größere Betriebe in der Insolvenzstatistik zu finden. Fast jeder dritte Fall (31,5 Prozent) fiel in die Größenkategorie bis fünf Mio. Euro Jahresumsatz, nachdem es im Jahr zuvor nur 29,0 Prozent waren. Der Anteil der Großunternehmen, mit mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz hat sich von 0,2 auf 0,6 Prozent verdreifacht.

Tab. 16: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2009 *) für Gesamtdeutschland in Mio. Euro

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.900 (7.620)	23,0 (25,8)
> 0,1 – 0,25	7.520 (7.010)	21,9 (23,7)
> 0,25 – 0,5	5.870 (5.170)	17,1 (17,5)
> 0,5 – 5,0	10.810 (8.570)	31,5 (29,0)
> 5,0 – 25,0	1.790 (1.030)	5,2 (3,5)
> 25,0 – 50,0	210 (120)	0,6 (0,4)
> 50,0	200 (60)	0,6 (0,2)

*) Creditreform Schätzung, () = Vorjahresangaben

Weniger massearme Insolvenzen

Gut drei Viertel aller Insolvenzanträge (77 Prozent) gehen mittlerweile in die Eröffnung. Seit zehn Jahren steigt dieser Anteil kontinuierlich – auch ein Erfolg der neuen Insolvenzordnung. Deren Ziel war es, die Vielzahl der massearmen Insolvenzen zu verringern. Noch 1999 wurden sieben von zehn Insolvenzanträgen gar nicht zum Verfahren zugelassen, da der Insolvenzkandidat nicht (mehr) über genügend Vermögensmasse verfügt, um die Verfahrenskosten zu decken. Mit der Größe des Unternehmens steigt die Eröffnungsquote: So werden ab einer Mitarbeiterzahl von 100 fast 97 Prozent der Verfahren auch eröffnet. Im Verarbeitenden Gewerbe geht die überwiegende Mehrzahl der Insolvenzverfahren (85 Prozent) in die Eröffnung. Am geringsten ist die Quote bei den Dienstleistungen mit immer noch hohen 75 Prozent.

Tab. 17: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	26.620	18.803	70,6
2000	27.930	16.502	59,1
2001	32.390	17.763	54,8
2002	37.620	16.310	43,4
2003	39.470	16.530	41,9
2004	39.270	15.660	39,9
2005	36.850	13.590	36,9
2006	34.040	11.300	33,2
2007	29.150	8.690	29,8
2008	29.580	8.010	27,0
2009 *)	34.300	7.900	23,0

*) von Creditreform geschätzt

Die Quote der tatsächlich eröffneten Verfahren ist am höchsten für Unternehmen der Rechtsformen Einzelkaufmann (Eröffnungsquote: 93 Prozent), Gewerbebetrieb (87 Prozent) und AG (80 Prozent). In den Rechtsformen e.V. (Eröffnungsquote: 48 Prozent), GbR (60 Prozent) und GmbH (65 Prozent) werden dagegen viele Gerichtsverfahren mangels Masse abgelehnt.

1.8 Große Firmeninsolvenzen

Neben den großen Firmeninsolvenzen wie Arcandor oder Escada, sind auch im Mittelstand viele Traditionsunternehmen betroffen. Bekannte Namen wie der Spielzeughersteller Märklin oder der Klavierbauer Schimmel finden sich zwar nicht in der Liste der ganz großen Pleiten, gleichwohl beweist deren Zusammenbruch die außergewöhnliche Entwicklung bei den Insolvenzen in diesem Jahr. Neben Traditionsunternehmen war vor allem die Kfz-Zulieferbranche von Unternehmensinsolvenzen betroffen. Vier der zehn großen Firmenzusammenbrüche treffen Automobilzulieferbetriebe.

**Großinsolvenzen:
Arcandor auf Platz 1**

**Tab. 18: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009
(„Top Ten“)**

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Anzahl Mitarbeiter
	Arcandor AG	Handels- und Touristikkonzern	52.000
	DWW Woolworth Deutschland GmbH & Co. KG	Einzelhandels-Discounter	9.300
	Qimonda	Chiphersteller, Halbleiter	4.600
	Karmann	Automobilzulieferer	3.400
	Wadan-Werften	Schiffsbau	2.400
	Schiesser	Herstellung von Textilien	2.300
	Edscha	Automobilzulieferer	2.300
	TMD Friction	Automobilzulieferer	2.300
	Escada AG	Bekleidungsindustrie	2.200
	Aksys GmbH	Automobilzulieferer	1.800

Quelle: Creditreform Datenbank

Der wohl spektakulärste Firmenzusammenbruch des Jahres ist der des Handels- und Touristikunternehmens **Arcandor**. Nachdem das Unternehmen im Juni Insolvenz beantragen musste, wurde das Insolvenzverfahren im September eröffnet. Rund 52.000 Mitarbeiter sind von einer der größten Pleiten der Nachkriegsgeschichte betroffen. So mussten im Sog des Konzernzusammenbruchs 50 Tochtergesellschaften Insolvenz anmelden. Von großen Unternehmensteilen verbleibt – nachdem das Touristikgeschäft Thomas Cook verkauft und Versandhändler Primondo (inklusive **Quelle**) zerschlagen wird – nur noch die Warenhauskette **Karstadt** als letzte Säule des Arcandor-Konzerns übrig.

Tab. 19: Arcandor Holding

■	Unternehmen Arcandor	Geschäftszweck	Anzahl Mitarbeiter
	Thomas Cook	Touristik	11.500
	Quelle/ Primondo *)	Versandhändler	15.600
	Karstadt	Warenhäuser	23.200

*) Bogner, Elegance, Mirabeau, Vertbaudet, Afibel, Atelier Goldner Schnitt, Madeleine, Bon' a parte, Hess Natur, Planet Sports, Peter Hahn, Die moderne Hausfrau, Baby Walz, Myby, meevio, HSE 24
Quelle: Creditreform Datenbank;

Das Aus für **Primondo**, ein kompliziert verschachteltes Geflecht von Unternehmen, mit dem Hauptgeschäftsbereich **Quelle**, kam Mitte Oktober. Die Idee, für Quel-

le als ganzes Unternehmen einen Abnehmer zu finden, scheiterte. Nachdem kein Käufer mit einem tragfähigen Konzept für den Versandhändler gefunden wurde, konnten die für das operative Geschäft lebensnotwendigen Factoring-Vereinbarungen – also die Abtretung der Forderungen an Banken – über das Jahresende hinaus nicht weiter garantiert werden. 4.000 Quelle-Mitarbeiter wurden sofort entlassen. Weitere 4.000 verbleiben bis zur Geschäftsabwicklung im Unternehmen. Neben strukturellen Problemen waren zu hohe Fixkosten und massive Umsatzeinbrüche für das Desinteresse möglicher Investoren verantwortlich. Zumindest einige Unternehmensteile („Quelle Call Center“, oder der Shoppingkanal „HSE 24“) sind zwischenzeitlich verkauft worden.

Für die Gläubiger von **Arcandor** hat das allerdings erst einmal wenig Bedeutung. Sie bleiben auf Forderungen in Milliardenhöhe sitzen. So werden von den angemeldeten Forderungen in Höhe von 19 Milliarden Euro nur ein Bruchteil bezahlt werden können, machte Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg bei der Gläubigerversammlung für die Konzernholding Arcandor AG in Essen Mitte November deutlich. Zu den über 75.000 Gläubigern gehören Banken, Lieferanten, Vermieter aber auch Beschäftigte des Unternehmens.

Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg plant unterdessen, die Warenhauskette **Karstadt** in einem eigenständigen Insolvenzverfahren zu retten. Dafür bringen die 28.000 Karstadt-Mitarbeiter große Opfer. Laut Sanierungskonzept sind diese bereit, in den nächsten drei Jahren auf 75 Prozent ihres Urlaubs- und Weihnachtsgelds zu verzichten und sich so mit 150 Millionen Euro an der Sanierung der Karstadt-Häuser zu beteiligen. Nun sollen auch Vermieter, Dienstleister und Lieferanten Opfer bringen. Dennoch: Von den 126 Warenhäusern stehen 17 vor dem Aus. An einer Übernahme der Warenhäuser ist bislang vor allem der Metrokonzern interessiert, um einige Warenhäuser mit seiner Tochter Kaufhof zu verbinden. Allerdings ist vor Anfang nächsten Jahres keine verbindliche Zusage seitens des Metro-Konzerns zu erwarten.

Weitaus gesicherter scheint da die Zukunft der Billigkaufhauskette **Woolworth**. Insolvenzverwalter Ottmar Herrmann und der Finanzinvestor Cerberus haben sich auf bessere Mietbedingungen für 82 Filialen der im April insolvent gewordenen Kaufhauskette geeinigt. Mit den Vermietern der 78 Filialen, die nicht dem Finanzinvestor gehören, hatte sich Herrmann bereits geeinigt. Damit ist der Insolvenzverwalter seinem Plan, Woolworth als verkleinertes Unternehmen zu sanieren – 160 von 310 Filialen sollen erhalten bleiben – und anschließend zu verkaufen, ein Stück näher gekommen. Die besten Aussichten werden der Drogeriemarktkette Schlecker eingeräumt. Aber auch Wettbewerber wie dm, Rossmann und Edeka gehören zu den Interessenten. Von der Insolvenz betroffen sind 9.300 Mitarbeiter, von denen bei einer Übernahme der Standorte mindestens die Hälfte übernommen werden soll.

Indessen geht die Zerschlagung des am Jahresanfang in die Insolvenz gerutschten Speicherchipherstellers **Qimonda** weiter. Teile des Unternehmens wurden bereits von Wettbewerbern übernommen. Im Juni sicherte sich beispielsweise eine Gruppe portugiesischer Investoren eine Mehrheitsbeteiligung an einem Solarzellenwerk in Portugal. Einen Teil der Grafikspeichersparte übernahm der japanische DRAM-Spezialist Elpida. Der Ausverkauf des Inventars auf dem Firmengelände in München, dessen Erlös der Insolvenzmasse zufließt, besiegelte das endgültige Aus. Traurige Bilanz der Pleite: Von den ursprünglich 4.600 Mitarbeitern in Deutschland (12.000 weltweit) sind mittlerweile nur noch 270 in Dresden und München mit der Verwertung des Unternehmens beschäftigt.

Bereits wenige Tage nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens wurden die **Wadan-Werften** in Wismar und Rostock mit ursprünglich 2.400 Mitarbeitern von einem russischen Investor gerettet. Beide Standorte wurden von der neu gegründeten Nordic Yards Gruppe mit dem Ziel, den Schiffsbau fortzuführen aufgekauft. Laut Unternehmenskonzept sollen zwei Drittel der noch vorhandenen Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die ersten Opfer der Finanzkrise waren die Automobilzulieferbetriebe. Neben dem Cabrio-Spezialisten **Karmann** und dem Dachsystem-Zulieferer **Edscha** waren auch der Bremsbeläge-Spezialist **TMD Friction** und der Kunststoffteile-Zulieferer **Aksys** von der Insolvenz betroffen. **Karmann** ist zwischenzeitlich gerettet: So will der Volkswagenkonzern Kernteile des insolventen Autoteile-Herstellers übernehmen. VW sichert damit die Autofertigung am Standort Osnabrück, an dem ab 2011 die Produktion eines neuen Fahrzeugs aufgenommen werden soll. 1.000 der ehemals 3.400 Arbeitsplätze werden übernommen.

Ähnlich wie bei Karmann hat auch **Edscha**, mit 2.300 Mitarbeitern allein in Deutschland einer der größten Autozulieferer, zwischenzeitlich einen Käufer gefunden. Der Hersteller von Scharnieren und Schiebedächern musste im Februar wegen dramatisch eingebrochener Absatzzahlen Insolvenz anmelden. Mittlerweile haben die Vertreter des Gläubigerausschusses entschieden, den Geschäftsbereich Karosserieprodukte an den spanischen Konzern Gestamp zu verkaufen. Der Teilbereich zur Herstellung von Cabrio-Dächern wurde bereits im August an den Konkurrenten Webasto verkauft. Die Trennung der Geschäftseinheit Cabriodachsysteme von den Karosserieprodukten war nach Ansicht des Insolvenzverwalters Jörg Nerlich die bestmögliche Lösung für das Unternehmen, die Beschäftigten und die Gläubiger.

Auch für den Bremsbeläge-Hersteller **TMD Friction** nahm der Gang in die Insolvenz ein gutes Ende. Nachdem das Unternehmen im vergangenen Dezember vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit stand, hatte es ein gutes halbes Jahr später bereits wieder einen Investor gefunden. Mit dem Einstieg des britischen Finanzinvestors Pamplona Capital Management könne der Betrieb und damit auch 3.800 Arbeitsplätze weltweit erhalten bleiben.

Mit der **Aksys GmbH** stellt Ende Mai ein weiterer Kfz-Zulieferer einen Insolvenzantrag. Auch hier war der Umsatz aufgrund der Auto-Krise massiv eingebrochen und hatte den Hersteller von Kunststoffteilen in Fi-

nanzschwierigkeiten gebracht. Ein Kredit aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland wurde zuletzt abgelehnt. In Deutschland beschäftigt das Unternehmen 1.800 Mitarbeiter an zehn Standorten. Nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens Anfang September zeigt sich Insolvenzverwalter Hoefler zuversichtlich, einen Investor für das Unternehmen zu finden. Die Verhandlungen mit zahlreichen Interessenten aus dem In- und Ausland sind noch nicht abgeschlossen, und die Produktion des Betriebs läuft unterdessen weiter.

Die Sanierung des traditionsreichen Wäscheherstellers **Schiesser** aus Radolfzell geht in die entscheidende Phase. Anfang Dezember berät der Gläubigerausschuss über den Einstieg eines Investors. Einer der Interessenten ist der Designer Wolfgang Joop. Insolvenzverwalter Volker Grub sieht die Chancen der Schiesser-Sanierung – operativ werden bereits wieder schwarze Zahlen geschrieben – optimistisch. Schiesser hatte Anfang Februar Insolvenz beantragt, weil vor allem Probleme im Lizenzgeschäft Schulden in Höhe von 80 Mio. Euro angehäuft haben. Noch im vergangenen Jahr erreichte der Textilienhersteller Schiesser einen Umsatz von 130 Mio. Euro. Das Unternehmen hat rund 2.300 Mitarbeiter.

Für das Mitte August insolvent gegangene Modehaus **Escada** wurde schnell ein Käufer gefunden. Mit Megah Mittal, Schwiegertochter des indischen Stahlmagnaten Lakshmi Mittal, habe das Unternehmen seine „Traumpartnerin“ gefunden, so der Betriebsrat. Mittal beabsichtigt 90 Prozent der weltweit 2.200 Arbeitsplätze zu erhalten. Escada war im Sommer in die drohende Zahlungsunfähigkeit gerutscht. Bereits seit einiger Zeit ging es mit dem deutschen Luxuskonzern bergab, wie am steilen Kurssturz der Anleihen abzulesen war. Eine modische Neuausrichtung des Labels ist geplant.

1.9 Exkurs: Reform des Insolvenzrechts

Sanieren und fortführen statt liquidieren: Um zahlungsunfähige Unternehmen vor dem Zugriff der Gläubiger zu restrukturieren und damit möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, wurde 1999 in der deutschen

Insolvenzordnung ein Sanierungsinstrument nach dem Vorbild des Chapter 11 im US-amerikanischen Insolvenzrecht verankert, der Insolvenzplan. Die auf ihn gesetzten Hoffnungen haben sich aber nur teilweise erfüllt. Immer noch werden nur sehr wenige Unternehmen in Schieflage mittels Planverfahren saniert. An zu vielen Stellen, beispielsweise bei der Eigenverwaltung (in den USA die Regel) oder der Auswahl des Insolvenzverwalters, finden sich derzeit noch Hindernisse. Gerade in der Krise konnte das Sanierungsinstrument seine Vorteile so kaum ausspielen. Das hat die Politik in Zugzwang gebracht. Die neue Bundesregierung strebt eine Reform der Insolvenzordnung an.

Verbesserungen am Insolvenzplan notwendig

Änderungen am Planverfahren sind aus Sicht der Wirtschaft dringend geboten. Nur zwei Prozent der zahlungsunfähigen Unternehmen beabsichtigen pro Jahr eine Plansanierung – vor dem Hintergrund der zu erwartenden Fortsetzung der Pleitewelle ein zu geringer Wert. Knackpunkte sind vor allem der geringe Einfluss der Gläubiger des notleidenden Unternehmens auf die Auswahl des Insolvenzverwalters sowie die steuerliche Behandlung der Sanierungsgewinne nach Ende des Verfahrens. Bislang wird der Insolvenzverwalter allein vom Insolvenzgericht bestimmt. Bessere Fortführungschancen sieht der DIHK daher in der Einbeziehung der Gläubiger. Die fehlende Sachkunde und Professionalität des vom Insolvenzrichter bestimmten Verwalters erkennt auch die Anwaltszunft selbst. Gläubigern werden jedes Jahr Milliarden Euro vorenthalten und sanierungsfähige Unternehmen voreilig liquidiert, so der Tenor hier. Bis zum Jahresende soll zu diesem Thema bereits ein Gesetzentwurf vorliegen.

Kritikpunkt: Insolvenzverwalter-Auswahl

Die Liste der geplanten Neuerungen ist lang. Nicht nur am Planverfahren soll nachgebessert werden: Auch das Konzerninsolvenzrecht bedarf einer Überarbeitung. Unternehmer sollen zudem schneller aus ihren Schulden entlassen werden, wenn sie ein neues Unternehmen gründen und – so die Hoffnung der Politik – Arbeitsplätze schaffen. Auch die Bevorzugung der Sozialkassen vor anderen Gläubigern soll abgeschafft werden.

Verkürzung der Wohlverhaltensperiode für Gründer

Aufhorchen lässt insbesondere die im Koalitionsvertrag aufgeführte Verkürzung der Wohlverhaltensperiode auf drei Jahre, sofern der Schuldner wieder unternehmerisch tätig wird und ein Gewerbe anmeldet („Grundsatz der zweiten Chance“). Die genauen Bedingungen für die Halbierung der Wartezeit auf die Restschuldbefreiung sind zwar bisher noch offen, allerdings ist kritisch anzumerken, dass viele Verbraucherinsolvenzverfahren aus einer gescheiterten früheren Selbstständigkeit herrühren. Zwar ist eine neue, zweite Chance grundsätzlich zu begrüßen, allerdings birgt eine Existenzgründung erneut ein erhöhtes Risiko von Überschuldung, das schließlich wieder in einer Insolvenz münden kann. Je nach Alter des Betroffenen liegt das Risiko bei 20 Prozent, so eine Untersuchung zur Verbraucherüberschuldung des Statistischen Bundesamtes.

Das frühzeitige Erkennen der Schieflage und die Möglichkeit, im Gläubigerschutz zu restrukturieren, sind zwei notwendige Faktoren für den Sanierungserfolg. Zu viele notleidende Firmen im Mittelstand erkennen die Ernsthaftigkeit aber zu spät und warten zu lange mit dem Insolvenzantrag. Auch ist die Schwere und Tiefe der Wirtschaftskrise für die deutsche Insolvenzordnung ein ungeahnter Härtefall. Neuausrichtung und Fortführung des angeschlagenen Unternehmens sind so selbst für erfahrende Sanierer ungleich schwieriger als in ruhigeren Zeiten.

Auch wenn über viele Punkte im Insolvenzrecht noch diskutiert wird: Die im Herbst 2008 vorgenommene Lockerung im Insolvenzrecht wurde schon einmal vorsorglich um drei Jahre verlängert. Danach führt eine bilanzielle Überschuldung nicht zur Insolvenz, sofern eine positive Fortführungsprognose für das betroffene Unternehmen besteht.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Der Schritt in die Selbstständigkeit ist wieder eine Alternative zu Arbeitslosigkeit und den verschlechterten Perspektiven eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses. So hat die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als ein wichtiger Push-Faktor das Gründungsgeschehen in Deutschland nach vier Jahren rückläufiger Gründungszahlen wieder angeschoben. 2009 wurden insgesamt 848.000 Anmeldungen in den Gewerbe- und Handelsregistern vorgenommen. Das sind 14.700 oder 1,8 Prozent mehr als im vergangenen Jahr (833.300 Anmeldungen). Allerdings entfällt ein nicht unbedeutender Teil dieser Anzahl (rund 48 Prozent) auf Gewerbeanzeigen, die Gründungen im Nebenerwerb bzw. Rechtsformwechsel, Erbfolge oder Sitzverlegung eines bereits bestehenden Unternehmens betreffen. Diese führen nicht zu einer tatsächlichen Erhöhung des Unternehmensbestandes.

Gründungszahlen mit leichtem Plus

Tab. 20: Gründungsbilanz 2009 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in %	Löschungen	Veränd. in %
Gewerberegister	749.000 (739.900)	+ 1,2	664.400 (658.100)	+ 1,0
Handelsregister	99.000 (93.400)	+ 6,0	75.900 (74.200)	+ 2,3
Gesamt:	848.000 (833.300)	+ 1,8	740.300 (732.300)	+ 1,1
<i>darunter wirtschaftsaktive Unternehmen</i>	<i>191.200 (185.200)</i>	<i>+ 3,2</i>	<i>167.000 (163.300)</i>	<i>+ 2,3</i>
Saldo:	+ 107.700 (+ 101.000)	+ 6,6		

*) Creditreform Schätzung; () = 2008

Nicht nur bei den Gewerbeanmeldungen insgesamt gibt es einen Anstieg zu verzeichnen. Auch die für die Dynamik der Volkswirtschaft notwendigen Gründungen von Unternehmen mit wirtschaftlicher Bedeutung – sogenannte wirtschaftsaktive Unternehmensgründungen – haben zuletzt zugenommen. Mit 191.200 neuen

Mehr wirtschaftsaktive Gründungen

Gründungen im schwierigen Umfeld

Unternehmen wurde der Vorjahreswert (185.200) um 6.000 oder 3,2 Prozent übertroffen. Das lässt sich auch am Anstieg der Handelsregister-Neueintragungen ablesen, die sich um sechs Prozent auf 99.000 erhöht haben.

Vor einer Überbewertung des Anstiegs der Gründungszahlen muss allerdings gewarnt werden. Zwei Faktoren stimmen nachdenklich: Die weiterhin restriktiven Finanzierungsbedingungen und die voraussichtlich schwach bleibende Konjunktorentwicklung bedeuten eine Hypothek für Existenzgründer. So täuscht der Anstieg der Gründungszahlen darüber hinweg, dass die Bedingungen für Unternehmensgründer im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht einfacher geworden sind. Ein schwieriger Zugang zu Fremdkapital und hohe Geschäftsrisiken stellen viele der neuen Unternehmen in naher Zukunft vor enorme Herausforderungen. Nicht wenige dieser Existenzen dürften in absehbarer Zeit wieder von der Bildfläche verschwinden.

Tab. 21: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2009 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	910.500	694.900	215.600
2006	881.800	713.300	168.500
2007	855.600	719.600	136.000
2008	833.300	732.300	101.000
2009 *)	848.000	740.300	107.700

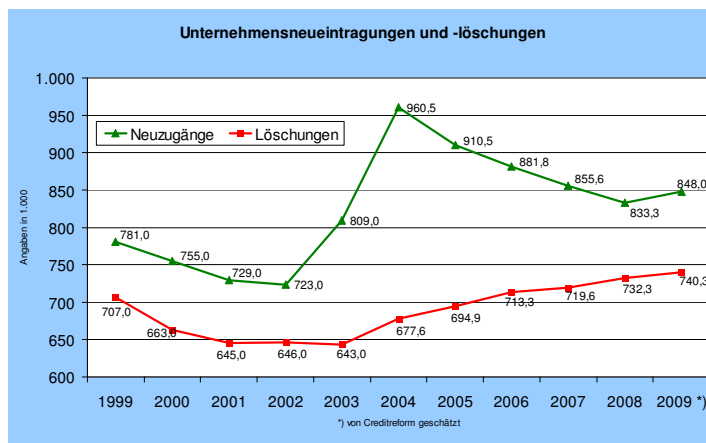
*) von Creditreform geschätzt

Auch mehr Abmeldungen

Die Wirtschaftskrise beginnt sich in einem Anstieg der Liquidationen und Löschungen bemerkbar zu machen. Im Jahr 2009 wurden 740.300 unternehmerische Existenzen aus den Registern gelöscht. Im Vorjahreszeitraum hatten 732.300 Betriebe ihre Geschäfte eingestellt und sich abgemeldet. Der Anstieg ist mit 1,1 Pro-

zent verglichen mit der deutlichen Zunahme der Insolvenzzahlen moderat ausgefallen. Allerdings machen die aufgrund einer Insolvenz liquidierten Unternehmen stets nur einen Bruchteil der Löschungen aus. Die überwiegende Zahl scheidet freiwillig aus dem Markt aus.

Aufgegeben haben vor allem im Westen Deutschlands überdurchschnittlich viele Unternehmen. Die Zahl der Löschungen stieg hier von 594.000 auf 602.500 (plus 1,4 Prozent). In den neuen Ländern gab es dagegen einen leichten Rückgang der Abmeldezahlen zu verzeichnen, deren Zahl um 0,4 Prozent auf 137.800 Löschungen sank.



Im langfristigen Verlauf ist sehr deutlich der steile Anstieg der Existenzgründungen im Zuge des Ich-AG-Gründungsbooms in den Jahren 2003 und 2004 zu erkennen. Nachdem dieses arbeitsmarktpolitische Instrument ausgelaufen ist, waren die Gründungszahlen in den Jahren danach merklich rückläufig. Auch bedingt durch die politisch motivierte Existenzgründerförderung liegen die Gründungszahlen allerdings weiterhin über dem Niveau der Jahrtausendwende.

Neuer Gründungsboom?

Durch die prognostizierte Zunahme der Arbeitslosenzahlen im kommenden Jahr dürfte sich die Push-Wirkung des Arbeitsmarktes für das Gründungsgeschehen verfestigen. Die Unsicherheit über den Erhalt des Arbeitsplatzes und die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten werden bei einem anhaltend schwachen Wirtschaftswachstum die Gründungsneigung positiv beeinflussen.

2.2 Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen

Ein Unternehmen muss nach HGB ins Handelsregister eingetragen werden, wenn es nach Art oder Umfang eine kaufmännische Geschäftstätigkeit ausübt. Ausgenommen sind so genannte „Kleingewerbetreibende“, die ein Gewerbe ausüben, nicht aber den gesetzlichen Regelungen für Kaufleute unterliegen. Das Register besteht aus zwei Abteilungen, Abteilung A (Einzelunternehmen, Personengesellschaften und wirtschaftliche Vereine) und Abteilung B, in welcher Kapitalgesellschaften eingetragen sind.

Tab. 22: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2009

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch., Fischerei, Bergbau	600	0,7	210	1,2	810	0,8
Verarbeitendes Gewerbe	5.640	7,0	1.250	6,8	6.890	7,0
Energie u. Wasser- versorgung	2.020	2,5	520	2,8	2.540	2,6
Baugewerbe	5.610	7,0	1.730	9,5	7.340	7,4
Kfz-Handel	1.840	2,3	350	1,9	2.190	2,2
Großhandel	7.340	9,1	1.270	7,0	8.610	8,7
Einzelhandel	6.000	7,4	1.260	6,9	7.260	7,3
Gastgewerbe	2.410	3,0	660	3,6	3.070	3,1
Verkehr u. Logistik	2.820	3,5	520	2,8	3.340	3,4
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	4.100	5,1	820	4,5	4.920	5,0
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	6.030	7,5	1.750	9,6	7.780	7,9
Datenverarbeitung, IKT	4.800	5,9	1.160	6,4	5.960	6,0
unternehmensnahe Dienstleistungen	21.660	26,8	4.040	22,1	25.700	26,0
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	9.810	12,2	2.710	14,8	12.520	12,7
Summe	80.680	100,0	18.250	100,0	98.930	100,0

Quelle: Creditreform Datenbank

Die knapp 99.000 im Jahr 2009 neu in das Handelsregister eingetragenen Firmen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche: Fast 26.000 neue Unternehmen sind im Bereich „unternehmensnahe Dienstleistungen“ tätig. Das entspricht 26 Prozent aller Handelsregisterneueintragungen des Jahres. Die personenbezogenen Dienstleistungen stellen mit gut 12.500 Neuzugängen das zweitgrößte Kontingent (12,7 Prozent der Unternehmensgründungen).

Mehr Unternehmen im Handelsregister

Diese Zahlen zeigen die große Bedeutung des Dienstleistungssektors für das Gründungsgeschehen in Deutschland. Lediglich sieben Prozent der Neueintragungen entfallen auf das Verarbeitende Gewerbe und 7,4 Prozent auf das Baugewerbe. Nach wie vor machen Bauunternehmen im Osten Deutschlands einen größeren Anteil der Gründungen aus. Fast jedes zehnte neugegründete Unternehmen (9,5 Prozent) ist dem Bauhaupt-, Ausbau- oder Baunebengewerbe zugehörig. Im Westen sind es dagegen nur sieben Prozent. Bei den Dienstleistungen sind ebenfalls Ost-West-Unterschiede festzustellen. Während in den neuen Ländern eher die personenbezogenen und konsumnahen Bereiche des Dienstleistungsgewerbes dominieren, sind es im Westen der Bundesrepublik die unternehmensnahen Dienstleister.

Osten: jede zehnte Gründung im Bau

2.3 Beschäftigungsbeitrag von wirtschaftsaktiven Gründungen

Zwar starten die meisten neuen Unternehmen mit einer eher geringen „Gründungsgröße“ – in vielen Fällen sind im Unternehmen außer der Person des Gründers bzw. der Gründer (falls es sich um ein Team handelt) keine abhängig Beschäftigten tätig. Allerdings schaffen einige Unternehmen – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe – bereits zum Gründungszeitpunkt Arbeitsplätze. Sofern sie überleben, liefern diese jungen Unternehmen in der Folge einen wichtigen Beschäftigungsbeitrag.

**Tab. 23: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland
im Jahr 2009**

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	14.800 (16.500)
Baugewerbe	16.900 (17.500)
Handel	34.500 (36.400)
Dienstleistungen	125.000 (114.800)
Gesamt	191.200 (185.200)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Kapitalgeber oder Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein.

***Dienstleister schaffen mehr
Jobs***

Die durch wirtschaftsaktive Unternehmen entstandenen Beschäftigungseffekte lassen sich quantifizieren, indem die Zahl neuer Unternehmen mit der Zahl der durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätze multipliziert wird. Dabei unterscheidet sich die Zahl der geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. In der Industrie entstehen pro Gründung beispielsweise rund fünf Arbeitsplätze. Im Dienstleistungssektor sind es lediglich zwei. Gleichwohl liefert letzterer Wirtschaftsbereich aufgrund der hohen Zahl wirtschaftsaktiver Gründungen einen wesentlichen Beschäftigungsbeitrag. So entfällt auf Dienstleistungsunternehmen mehr als die Hälfte der neu entstandenen Stellen.

***Neue Arbeitsplätze durch
Gründungen***

Insgesamt haben wirtschaftsaktive Gründungen im Jahr 2009 gut 435.000 neue Arbeitsplätze geschaffen (Vorjahr: 451.050). 250.000 der neu entstandenen Jobs sind im Dienstleistungsgewerbe angesiedelt. Das Verarbeitende Gewerbe trägt mit 74.000 Stellen zur Beschäftigungswirkung von Gründungen bei, der Bau-sektor mit gut 42.000. Außer im Dienstleistungsbereich haben die Gründungsaktivitäten in den übrigen Sekto-

ren aber zu weniger Beschäftigung als im Vorjahr geführt.

Tab. 24: Zahl neugeschaffener Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Gründungen 2009 in Deutschland

■	wirtschaftsaktive Gründungen	Zahl der Beschäftigten *)	durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten **) bei produktiven Gründungen 2009
Verarb. Gewerbe	14.800	74.000 (82.500)	5
Baugewerbe	16.900	42.250 (52.500)	2,5
Handel	34.500	69.000 (91.250)	2
Dienstleistungen	125.000	250.000 (224.800)	2
Gesamt	191.200	435.250 (451.050)	

Quelle: Creditreform Datenbank; () = Vorjahr; Angaben teilweise gerundet *) von Creditreform geschätzt; **) inkl. Gründerpersonen

2.4 Neueintragungen nach Bundesländern

Betrachtet man die Handelsregisterneueintragungen nach Bundesländern in absoluten Zahlen, liegen die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg naturgemäß vorn. Allein in NRW wurden 23.200 Unternehmen neu ins Handelsregister eingetragen. Das entspricht knapp einem Viertel aller Neueintragungen. Die geringste Zahl an Neueintragungen verzeichnet mit 610 Unternehmen die Hansestadt Bremen.

Aussagekräftiger für das Gründungsgeschehen in den Ländern ist aber die Gründungsquote, das heißt, die Zahl der neu eingetragenen Unternehmen je 10.000 Bestandsunternehmen. Danach weist die Bundeshauptstadt Berlin (1.230 Neugründungen auf 10.000 Unternehmen) und das Land Brandenburg (980) die höchste Gründungsneigung und das dynamischste Gründungsgeschehen auf. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der 780 Neueintragungen je 10.000 Firmen erreicht, liegen Hamburg (900) sowie Sachsen (830). Die wenigsten Neueintragungen pro 10.000 Unternehmen gibt es in Bremen (440).

Hohe Gründungsdynamik in Berlin und Brandenburg

Tab. 25: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern 2009

■	Neueintragungen			Löschungen	Saldo
	absolut	Vorjahr	je 10.000 Unternehmen		
Baden-Württemberg	10.150	9.950	650	9.750	+ 400
Bayern	17.160	16.050	790	10.000	+ 7.160
Berlin	7.090	7.000	1.230	3.920	+ 3.170
Brandenburg	2.630	2.390	980	2.050	+ 580
Bremen	610	660	440	750	- 140
Hamburg	5.090	5.460	900	2.600	+ 2.490
Hessen	8.030	7.590	740	6.410	+ 1.620
Mecklenburg-Vorp.	1.280	1.360	690	1.490	- 210
Niedersachsen	8.300	8.230	700	6.990	+ 1.310
Nordrhein-Westfalen	23.200	21.800	800	17.420	+ 5.790
Rheinland-Pfalz	3.870	3.320	730	2.950	+ 920
Saarland	940	800	680	700	+ 240
Sachsen	3.670	3.300	830	3.820	- 150
Sachsen-Anhalt	1.810	1.290	730	2.440	- 630
Schleswig-Holstein	3.350	2.640	670	2.570	+ 780
Thüringen	1.750	1.510	730	2.040	- 290
Gesamt	98.930	93.350	780	75.900	+ 23.040

Quelle: Creditreform Datenbank.

**Drei Bundesländer mit
Abschwächung**

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Gründungsgeschehen nur in drei Bundesländern abgeschwächt. In Bremen sank die Zahl der Handelsregisterneueintragungen von 660 auf 610, in Hamburg ging die Zahl um 370 auf 5.090 zurück und ebenfalls leicht rückläufig sind die Neueintragungen in Mecklenburg-Vorpommern (minus 80 auf 1.280 Unternehmen).

Bestand wächst

Deutschlandweit wurden 2009 fast 76.000 Löschungen aus dem Handelsregister vorgenommen. Gelöscht werden dabei Unternehmen, die nach einer Insolvenz liquidiert werden, aber auch Firmen, die ihren Geschäftsbetrieb freiwillig einstellen oder mit einer anderen Gesellschaft verschmolzen sind. Da die Zahl der gelöschten Unternehmen geringer ausfällt als die neu hinzugekommenen, ist der Bestand an handelsregisterlich eingetragenen Unternehmen in Deutschland auch 2009 gewachsen. Um gut 23.000 Firmen hat diese Zahl zugenommen. Einen deutlichen Anstieg des

Unternehmensbestandes im Handelsregister gab es in Bayern (plus 7.160) und Nordrhein-Westfalen (plus 5.790). Abgenommen hat die Unternehmenszahl in den ostdeutschen Ländern Sachsen-Anhalt (minus 630), Thüringen (minus 290), Mecklenburg-Vorpommern (minus 210), Sachsen (minus 150) und Bremen (minus 140). In Berlin und Brandenburg wuchs dagegen der Bestand an Handelsregistereinträgen. Diese Resultate stellen aber eine stichtagsbezogene Momentaufnahme dar. Unterschiedliche Erhebungszeitpunkte und die Einbeziehung von angekündigten, aber noch nicht vollzogenen Löschungen könnten die Statistik verzerren.

2.5 Investitionen und Finanzierung

Junge Unternehmen haben es derzeit schwer, externe Kapitalgeber zu finden. Infolge der Bankenkrise berücksichtigt die Finanzwelt Risiken sehr viel stärker als in der Vergangenheit. Und: Gerade Gründungsprojekte sind aus Sicht der Kapitalgeber mit besonders hohen Risiken verbunden. Auch um die Innenfinanzierungskraft der Neulinge ist es häufig schlecht bestellt. Den gegründeten Firmen fehlen in der Startphase die Umsatzerlöse, um Investitionen aus den laufenden Einnahmen bestreiten zu können.

Dass aber gerade in der Startphase eines Unternehmens ein hoher Investitionsbedarf besteht, zeigt die traditionelle Herbstumfrage der Creditreform Wirtschaftsforschung aus diesem Jahr, an der sich rund 4.000 mittelständische Unternehmen beteiligten. Von denjenigen Betrieben, die noch keine zwei Jahre am Markt sind, werden immerhin 47,3 Prozent Geld für neue Investitionen ausgeben – in der überwiegenden Mehrzahl (66,3 Prozent der Fälle) für Erweiterungsinvestitionen. Von den älteren Unternehmen planen derzeit nur 40,8 Prozent ein Investitionsvorhaben. Davon wird knapp die Hälfte (49,1 Prozent) der Befragten in den Ausbau der Kapazitäten investieren.

Gründungsprojekte mit Finanzierungsschwierigkeiten

Tab. 26: Investition und Finanzierung nach Unternehmensalter

■	bis 2 Jahre	älter als 2 Jahre
investitionsbereite Unternehmen	47,3	40,8
Unternehmen mit Erweiterungsinvestitionen	66,3	49,1
Unternehmen mit Finanzierungsproblemen	30,3	21,5
Unternehmen, die mit Eigenkapital finanzieren	77,5	61,3

Quelle: Creditreform; Angaben in Prozent

Informationsasymmetrie trifft neue Firmen

Der deutlich höhere Anteil an investitionsbereiten Unternehmen auf Seiten der Gründungen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier dennoch viele Investitionen an einer mangelnden Finanzierung scheitern. So konnten drei von zehn der jungen Unternehmen (30,3 Prozent) ein geplantes Investitionsprojekt wegen Finanzierungsproblemen nicht umsetzen. Wenn die Unternehmen älter sind, sind Finanzierungshemmnisse nur bei gut einem Fünftel (21,5 Prozent) der Investitionshinderungsgrund. Grund für die Schwierigkeiten junger Unternehmen bei der Kapitalbeschaffung ist die Informationsasymmetrie zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer. Über etablierte Unternehmen liegen einfach mehr bonitätsrelevante Informationen vor als über Gründungen. Das höhere Risikobewusstsein der Kapitalgeber zwingt diese zu einer Kreditrationierung.

Eigenkapital als Alternative

Doch wie passt der hohe Investitionsbedarf neu gegründeter Unternehmen mit den verschärften Finanzierungsbedingungen im Zuge der Bankenkrise zusammen? Neben der Finanzierung durch Familie und Freunde sowie den öffentlichen Fördertöpfen müssen die jungen Unternehmen als Alternative auf eigenes Kapital zurückgreifen. Dieses Ergebnis zeigt sich in den Umfragedaten sehr deutlich: Während unter den älteren Unternehmen 61,3 Prozent ihre Investitionen mit Eigenkapital finanzieren, tun das bei den Neugründungen 77,5 Prozent.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen wird anhand der Gewerbemeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen, selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei lediglich die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgegeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur Team-Gründer-Mehrfachzählung.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbstständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw., wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform, Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenerwerbsgründungen berücksichtigt. Nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind Freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfolge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte der Saldo aus An- und Abmeldung in den beteiligten Meldebezirken Null ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform, dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -löschungen werden aus der Creditreform Wirtschaftsdatenbank gewonnen. Erfasst wird hierbei ein rechtlich selbst-

ständiges Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebsteile umfassen kann. Dabei kann es zunächst zu Mehrfacherfassungen oder verzögerten Erfassungen kommen. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden Freie Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

■ 3 Zusammenfassung

Großpleiten, wie die von Arcandor, bildeten 2009 nur die Speerspitze der Insolvenzentwicklung. Im Verlauf des Jahres ist die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche um 16 Prozent auf 34.300 Fälle angestiegen. Vielen Unternehmen wurden der abrupte Nachfrageeinbruch aufgrund der Wirtschaftskrise und die restriktiven Finanzierungsbedingungen zum Verhängnis.

Im Osten Deutschlands nahm die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche weniger stark zu als im Westen. 6.700 ostdeutsche (Vorjahr: 5.890 Fälle; plus 13,8 Prozent) und 27.600 westdeutsche Firmen (Vorjahr: 23.690; plus 16,5 Prozent) sind in diesem Jahr in den Insolvenzstrudel geraten. Der etwas stärkere Anstieg auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik erklärt sich mit der dortigen größeren Bedeutung und Exportorientierung des Verarbeitenden Gewerbes. Dieser Sektor hat am stärksten unter den Folgen der schweren Wirtschaftskrise zu leiden. Im Osten Deutschlands ist die Wirtschaftsstruktur deutlicher am vergleichsweise stabilen Binnenmarkt ausgerichtet, was den Anstieg der Insolvenzzahlen abmilderte.

Anders als die Unternehmensinsolvenzen stagnierten die Verbraucherinsolvenzzahlen. Nach 98.450 Fällen im Vorjahr, sind es 2009 98.800 Personen (plus 0,4 Prozent), die die Restschuldbefreiung beantragt haben. Die Analyse der Verbraucherinsolvenzentwicklung nach Geschlecht und Alter bringt zwei Ergebnistrends hervor: Erstens: Es sind mehrheitlich Männer (55 Pro-

zent; Vorjahr: 54 Prozent), die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Und zweitens: Der Anteil der älteren Verbraucher, die Privatinsolvenz beantragen mussten, steigt. Der Anteil der Altersgruppen 50 bis 59 Jahre (plus 0,9 Prozentpunkte), 60 bis 69 Jahre (plus 0,3 Prozentpunkte) und 70 Jahre und älter (plus 0,2 Prozentpunkte) liegt über den Vorjahreswerten. Jüngere Erwachsene sind ebenfalls häufiger betroffen als 2008. Knapp ein Siebtel aller Verbraucherinsolvenzfälle (14,5 Prozent; Vorjahr: 14,4 Prozent) betrifft Personen, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Das finanzwirtschaftliche Umfeld erwies sich für die Insolvenzentwicklung in diesem Jahr alles andere als günstig. Die Ertragslage der Unternehmen hatte sich im Zuge der Rezession massiv verschlechtert. Somit waren die Unternehmen kaum in der Lage, Rücklagen zu bilden. Im Gegenteil: Der Mittelstand zehrt seine Kapitalpuffer zunehmend auf. Die Eigenkapitalquote vieler Unternehmen hat bedenklich niedrige Werte angenommen. Damit gerät eine wichtige Tragsäule für die Unternehmensstabilität ins Wanken. Durch die Eigenkapitalknappheit verlieren die Mittelständler zudem ihre Unabhängigkeit vom Fremdkapital. Kredite waren im restriktiven Finanzierungsumfeld nur unter erschwerten Bedingungen zu erhalten. Auch für die Zukunft deutet sich auf diesem Gebiet wenig Entspannung an.

Die hohe Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland hat zu volkswirtschaftlichen Schäden in Höhe von 48,6 Mrd. Euro geführt. Das sind 19,6 Mrd. Euro oder 67,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 37,1 Mrd. Euro bleiben bei privaten Gläubigern in Form von offenen Forderungen unbefriedigt. Jeder Insolvenzfall verursacht somit einen Forderungsausfall von durchschnittlich rund 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 710.000 Euro). Der öffentliche Sektor registrierte 11,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 8,0 Mrd. Euro) an Insolvenzscha-

den. 2009 waren 521.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr (447.000 Betroffene) hat seine

Ursache in der Vielzahl großer Unternehmenspleiten. So waren knapp zwei Drittel aller betroffenen Arbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern beschäftigt. Ein Großteil der bedrohten Arbeitsplätze dürfte im Zuge von Restrukturierung oder Liquidation tatsächlich wegfallen.

Die deutsche Industrie musste den stärksten Anstieg der Insolvenzzahlen hinnehmen. Das Verarbeitende Gewerbe zählt 3.500 Insolvenzfälle (Vorjahr: 2.500) – ein Anstieg um 40 Prozent binnen eines Jahres. Dabei rutschten im Westen Deutschlands 46 Prozent mehr Industrieunternehmen in die Insolvenz als 2008. Der Osten verzeichnete lediglich ein Plus von 14,6 Prozent. Die von den Milliarden-Konjunkturpaketen gestützte Baukonjunktur sorgte dafür, dass nur 2,6 Prozent mehr Baufirmen als 2008 ihre Zahlungsunfähigkeit erklären mussten. Der Handel verzeichnet mit plus 18,8 Prozent einen leicht überdurchschnittlichen Zuwachs der Insolvenzzahlen, der Dienstleistungssektor mit 15,6 Prozent einen leicht unterdurchschnittlichen. Das ganze Ausmaß der Wirtschaftskrise für die deutsche Exportindustrie zeigt sich am Anstieg der Insolvenzzahlen in den einzelnen Bereichen. Im Fahrzeugbau und dem Automobilzuliefererbereich haben sich die Unternehmenspleiten mehr als verdreifacht (plus 330 Prozent gegenüber 2008), im Maschinenbau verdoppelt (plus 97 Prozent). Überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnen auch die Hersteller von Gummi/Kunststoffen (plus 86 Prozent) und Metallernzeugnissen (plus 56 Prozent). Nur in wenigen Wirtschaftszweigen lässt sich ein Rückgang der Insolvenzbetroffenheit feststellen. Im Hochbau sinkt die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche gegenüber 2008 um 14 Prozent, in der Nahrungsmittelindustrie um zehn Prozent.

Die Insolvenzquote für Deutschland, also die Zahl der Insolvenzen je 10.000 Unternehmen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 96 auf 109 erhöht (West: 107; Ost: 120). Nach wie vor am höchsten ist die Insolvenzbetroffenheit im Baugewerbe (164 Insolvenzen auf 10.000 Unternehmen; Vorjahr: 163) – am niedrigsten ist sie im Verarbeitenden Gewerbe (89; Vorjahr: 66).

Auch 2009 sind es eher die Kleinstunternehmen, die das Gros des Insolvenzgeschehens ausmachen. 77,2 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen (Vorjahr: 80,6 Prozent) betreffen eine Firma, in der höchstens fünf Personen beschäftigt sind. Stärker als im vergangenen Jahr sind mittlere und größere Unternehmen Opfer der Wirtschaftskrise geworden: Der Anteil von Großinsolvenzen mit vielen hunderten oder sogar tausenden Mitarbeitern ist auf 1,1 Prozent und damit das Doppelte gestiegen. Die Insolvenzstatistik nach Umsatzgröße bestätigt dieses Ergebnis: Danach setzten 62 Prozent der Insolvenzkandidaten (Vorjahr: 67 Prozent) weniger als 500.000 Euro pro Jahr um. Großunternehmen mit mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz machten nach 0,2 Prozent im Vorjahr diesmal 0,6 Prozent aller Insolvenzfälle aus.

Die Gründung eines Unternehmens ist wieder eine Alternative zu Arbeitslosigkeit und den verschlechterten Beschäftigungsperspektiven. Nach vier Jahren rückläufiger Gründungszahlen wurden 2009 wieder mehr Anmeldungen in Handels- und Gewerberegister vorgenommen. Die Zahl der neu aufgenommenen Firmen erhöhte sich um 1,8 Prozent auf 848.000 (Vorjahr: 833.300). Darunter befanden sich 191.200 Unternehmen mit größerer wirtschaftlicher Aktivität (Vorjahr: 185.200). Die wirtschaftsaktiven Gründungen haben gut 435.000 Arbeitsplätze geschaffen. Gegenüber dem Vorjahr (451.000) ist das ein Rückgang um 3,5 Prozent, der seine Ursache in einer geringeren durchschnittlichen Größe der neu gegründeten Unternehmen und einer geringeren Zahl an Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe hat.

Die Gründungsquote, das heißt, die Zahl der Neueintragungen auf 10.000 Bestandsunternehmen, erreicht in der Bundeshauptstadt Berlin mit 1.230 den höchsten Wert (Bundesdurchschnitt: 780). Brandenburg liegt mit 980 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen an zweiter und Hamburg mit 900 an dritter Stelle. Am geringsten ist die Gründungsneigung in Bremen. In der Hansestadt gab es nur 440 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen.

Die Wirtschaftskrise macht sich auch am Anstieg der Liquidationen bemerkbar. Im Jahr 2009 wurden 740.300 unternehmerische Existenzen aus den Registern gelöscht (Vorjahr: 732.300). Dabei wurden im Westen Deutschlands überdurchschnittliche viele Unternehmen aufgegeben. Die Zahl der Löschungen erhöhte sich um 1,4 Prozent auf 602.500, während es in den neuen Ländern einen leichten Rückgang der Abmeldezahlen um 0,4 Prozent auf 137.800 gab.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Dr. Hardy Gude, Telefon:(02131) 109-172

Micaela Kiener-Stuck, Telefon: (02131) 109-229

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2009, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 02. Dezember 2009